



Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

9. November 2005

PRESSE - INFORMATION

Neue Wege in der Kriminalprävention

Kooperation von Polizei und Moscheevereinen

Experten der Polizei diskutieren Möglichkeiten der Einbindung von Muslimen in die Sicherheitsarbeit vor Ort

Stuttgart. Die Polizei steht - wie andere Institutionen auch - vor der Aufgabe, sich auf die Erfordernisse einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Kulturen einzustellen. Dabei kommt dem islamischen Kulturkreis, dem der Großteil der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland angehört, eine besondere Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund beschreitet die Polizei bei der Kriminalprävention neue Wege: Ausgangspunkt sind die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt „Kooperation von Polizeidienststellen mit Moscheevereinen“ in Stuttgart, Berlin und Essen. Ziel ist es, Muslime und Moscheevereine in die Kommunale Kriminalprävention einzubinden und damit die Integration zu fördern. Bei der von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes veranstalteten Fachkonferenz „Polizeidienststellen und Moscheevereine: Prävention, Kooperation, interkulturelle Kompetenz“ am 8. und 9. November 2005 im Stuttgarter Rathaus haben Experten über die Möglichkeiten und Grenzen von Kooperationen mit Moscheevereinen diskutiert. Erwin Hetger, Landespolizeipräsident und Vorsitzender der Projektleitung der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes, Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster und



Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

Christoph Müller-Hofstede von der Bundeszentrale für politische Bildung haben am Mittwoch, 9. November 2005, in Stuttgart die in der Konferenz gewonnen Erkenntnisse der Presse vorgestellt.

„Die Einbindung von Muslimen in die polizeiliche Präventionsarbeit ist notwendige Voraussetzung für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit vor Ort“, sagte Hetger. Nur im Dialog könne eine Kultur des Vertrauens entstehen, die wiederum Basis für die Integration muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger sei. Hetger weiter: „Die Folgen fehlgeschlagener Integration werden uns gerade in den Vororten von Paris vor Augen geführt. Auch wenn ich davor warne, vorschnell Parallelen zu ziehen, eines wird deutlich: Ohne Integration ist ein friedliches Zusammenleben auf Dauer kaum möglich. Mit der Fachkonferenz geben die Polizeiliche Kriminalprävention und die Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam den Startschuss für einen noch engeren Dialog zwischen Muslimen, Polizei, Kommunen und weiteren gesellschaftlichen Kräften.“

Von Anfang 2003 bis Ende 2004 führte die bpb in Kooperation mit den Polizeipräsidien Berlin, Essen und Stuttgart ein Modellprojekt zur Zusammenarbeit mit örtlichen Moscheevereinen durch. Am Beginn des Projekts stand die Wissensvermittlung über den Islam und seine verschiedenen Ausprägungen. Dieses Wissen ist für eine professionelle und bürgernahe Polizeiarbeit unabdingbar, um Missverständnisse zu verhindern und Vorurteile abzubauen. Die eigentliche Zusammenarbeit gestaltete sich den unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Städten entsprechend sehr verschieden: Während in Berlin bereits langjährige Kontakte zum Vorstand von DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) bestanden und der Verein direkt auf eine Kooperation angesprochen werden konnte, bot in Essen der Neubau einer türkischen Moschee die Möglichkeit zu einer ersten Kontaktaufnahme. Eine Vertrauensbasis und damit die Grundlage für eine nachhaltige Zusammenarbeit konnte aber erst aufgebaut werden, als die Polizei zusätzlich Schulungen zur Verkehrssicherheit von Kindern anbot. In Stuttgart erfolgte die



Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

Kooperation ohne großen Vorlauf aus dem Stand heraus. Hier wurde der Grundstein für die Kooperation über polizeiliche Informationsveranstaltungen zu den Themen Schutz vor Betrug und vor allem Schutz von Kindern vor Drogen und Gewalt gelegt, die auf großes Interesse bei muslimischen Familien stießen und wesentlich für die Ausbildung eines Vertrauensverhältnisses zur Polizei waren.

Bei der zweitägigen Fachkonferenz stellten Polizeivertreter der Modellstädte ihre Erfahrungen dem Fachpublikum vor. Im Anschluss wurden die Erkenntnisse in einer Diskussionsrunde mit dem Innensenator a.D. Kuno Böse (Berlin) sowie dem Dialogbeauftragten der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion/DITIB, Bekir Alboga, erörtert. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmer in Workshops die praktischen Möglichkeiten und Grenzen der polizeilichen Zusammenarbeit mit Moscheevereinen.

„Unser 18-monatiges Modellprojekt hat gezeigt, dass es für die Kooperation mit Muslimen in Deutschland kein generelles Rezept gibt“, betonte Christoph Müller-Hofstede von der bpb. „Was es aber gibt, sind vielfältige und viel versprechende Ansätze für eine nachhaltige Zusammenarbeit, abhängig von der jeweiligen lokalen Infrastruktur und den Ansprechpartnern vor Ort.“ Die Kooperationen dürften jedoch nicht als „Goodwill-Veranstaltung“ ohne fest umrissene Aufgaben und Ziele missverstanden werden: „Nur die Arbeit an konkreten Problemen verspricht Erfolg.“

„Mit der Fachkonferenz setzen wir den integrationspolitischen Dialog fort, den wir schon länger mit der bpb, dem Modellprojekt TiK – Transfer interkultureller Kompetenz und den Städten Berlin und Essen führen“, sagte Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster. Wie beim Stuttgarter „Bündnis für Integration“ sei auch in der Kriminalprävention eine gute Zusammenarbeit aller Akteure ausschlaggebend für das friedliche Zusammenleben vor Ort. „Ein Drittel der Stuttgarter Bevölkerung ist im Ausland geboren. Wir gehören als Einwanderungsmetropole zu den sichersten Großstädten im Bundesgebiet, weil die Arbeit von Stadtverwaltung und Polizei von einem brei-



Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

ten und gut organisierten bürgerschaftlichen Engagement mitgetragen wird.“ Muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind wichtige Beteiligte in der Integrationsarbeit. Für eine effektive und eine noch stärkere Beteiligung sind Information, Sprachkompetenz und soziale Verantwortung vor Ort notwendig. Eben dies werde durch die Projekte geleistet, die im Rahmen der Fachkonferenz vorgestellt wurden.

Die Erkenntnisse aus dem Modellprojekt sollen jetzt auf eine breitere Basis gestellt werden. Hetger: „Dabei nutzen wir die Vorzüge bereits bestehender Netzwerke. Jetzt gilt es, das Netz noch engmaschiger als bisher zu knüpfen und die Kontakte dort zu verankern. Erste wichtige Schritte dazu wurden mit dem Modellprojekt und der Fachkonferenz getan. Jetzt muss die Sicherheitsarbeit vor Ort weiterentwickelt werden.“

Eine Hilfe für weitere Kooperationen in Bund und Ländern ist der Leitfaden zur Zusammenarbeit von Polizei und Moscheevereinen, der die Erfahrungen aus dem Modellprojekt zusammenfasst und in einer Auflage von 13.000 Exemplaren den Polizeien der Länder und des Bundes zur Verfügung gestellt wird. Ziel ist dabei, solche Kooperationen in lokale Strukturen einzubinden. „Die Kommunale Kriminalprävention bildet dabei die ideale Plattform, denn Prävention ist nicht nur Aufgabe der Polizei sondern der gesamten Gesellschaft. Wir werden in Baden-Württemberg auch in dieser Frage die bewährte gute Kooperation mit den Städten und Gemeinden nutzen und den Dialog innerhalb der Kommunalen Kriminalprävention fortführen“, betonte der Landespolizeipräsident.

Integration ist in Stuttgart eine gemeinsame Aufgabe aller Akteure: Stadtverwaltung, freie Träger, Landesbehörden, deutsche und nicht-deutsche Bürger sowie Vereine. Die vielfältigen Programme zur Sprachförderung und zur allgemeinen und beruflichen Bildung haben zum Ziel, die Chancengleichheit der zugewanderten Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt und in anderen zentralen Lebensbereichen zu fördern. Interkulturelle und interreligiöse Dialoge und Projekte stär-



Informationen zur Kriminalprävention für Journalisten auf einen Klick: www.polizei-beratung.de/presse

ken die Zugehörigkeit der eingewanderten Bevölkerung mit unserer Gesellschaft und sind somit ein wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung und zur Sicherheit in der internationalen Stadtgesellschaft. Hierzu gehören neben dem Runden Tisch für ein friedliches Zusammenleben unter der Federführung von Polizei und Stadtverwaltung auch der Runde Tisch der Stuttgarter Religionsgemeinschaften und der Stuttgarter Gesprächskreis der Muslime zu Integrationsfragen. Der Erwerb von interkulturellen Kompetenzen bei allen Akteuren und der Transfer dieser Qualifikationen in die Institutionen sollen sicherstellen, dass die integrationspolitischen Ziele auch tatsächlich umgesetzt werden. Stuttgarter Muslime, die etwa acht Prozent der Gesamtbevölkerung stellen, sind sowohl Adressaten von Integrationsmaßnahmen wie z.B. bei „Mama lernt Deutsch“, Kursen in Schulen als auch Partner bei der Durchführung der verschiedenen Maßnahmen.

Weitere Informationen zur Kriminalprävention finden Sie im Internet unter www.polizei-beratung.de.